



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

AbL e.V., Bahnhofstraße 31, D - 59065 Hamm

An den
Präsidenten des Bundesrechnungshofs
Ansgar Heveling
Adenauerallee 81

53113 Bonn

AbL e.V.
Bundesgeschäftsstelle

Bahnhofstr. 31
59065 Hamm

Tel: 02381 90531-70 / -71

E-Mail: info@abl-ev.de

Homepage: www.abl-ev.de

Hamm, 17.09.26

EU-Agrarsubventionen an ausländische und außerlandwirtschaftliche Finanzinvestoren – Bitte um Prüfung

Sehr geehrter Herr Heveling,

wir danken herzlich für das Schreiben des Bundesrechnungshofs (BRH) vom 2. Juni 2026 zur Zahlung von EU-Agrarsubventionen an ausländische, außerlandwirtschaftliche Finanzinvestoren. Darin antworten Sie auf unsere Prüfanfrage vom 6. Mai 2026, eingereicht von Dr. Jan Brunner und Reiko Wöllert. In dem Schreiben teilen Sie uns mit, dass der Bundesrechnungshof in diesen Fragen nicht zuständig sei. Zur Begründung führen Sie drei Punkte an, weshalb sich der Bundesrechnungshof nicht mit der Zahlung von EU-Agrarsubventionen an ausländische, außerlandwirtschaftliche Finanzinvestoren befassen könne.

Diese Auffassung können wir nicht nachvollziehen und bitten Sie daher, Ihre Einschätzung nochmals zu überprüfen.

(1) Erstens führen Sie aus, der Bundesrechnungshof sei ausschließlich für die Haushaltsführung des Bundes zuständig.

Unserer Auffassung nach hat die zweckwidrige Gewährung erheblicher EU-Agrarsubventionen unmittelbare Auswirkungen auf den Bundeshaushalt, da Deutschland Nettozahler der Europäischen Union ist. Im Jahr 2024 war Deutschland mit einem Nettobeitrag von 13,1 Mrd. € der größte Nettozahler der EU. Missstände bei der Verwendung von EU-Haushaltsmitteln haben daher erhebliche Auswirkungen auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung in Deutschland und fallen aus unserer Sicht zumindest in den Mitverantwortungsbereich des Bundesrechnungshofs.

Die Bedeutung der Bewirtschaftung von EU-Mitteln für den Bundeshaushalt hat auch Bundeskanzler Friedrich Merz am 19. Juni 2026 im Zusammenhang mit den Beratungen über den EU-Haushalt hervorgehoben. Die Vorschläge der EU-Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 würden nach Angaben des Bundeskanzlers bedeuten, dass Deutschland pro Jahr "mindestens 15, eher 20 Milliarden Euro" zusätzlich für den EU-Haushalt bereitstellen müsse. Und weiter: "Dass das angesichts unserer Haushaltslage im Augenblick nicht darstellbar ist, und zwar auf lange Zeit nicht darstellbar ist, ich glaube, das wird jedem klar, wenn er einfach nur mal die Zahlen hört".

Vor dem Hintergrund des erheblichen Wettbewerbs um die begrenzten öffentlichen Haushaltsmittel – sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene – halten wir die zweckwidrige Gewährung von Agrarsubventionen in dreistelliger Millionenhöhe an außerlandwirtschaftliche Nichtlandwirte für nicht vertretbar.

(2) Zweitens verweisen Sie auf die Zuständigkeit des Europäischen Rechnungshofs gemäß Art. 287 AEUV.

Art. 287 Abs. 3 AEUV bestimmt jedoch, dass die Prüfung in den Mitgliedstaaten „... in Verbindung mit den einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorganen erfolgt ...“ und dass der Europäische Rechnungshof und die „... einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane ... vertrauensvoll zusammenarbeiten“. Aus dieser Regelung leiten wir ab, dass dem Bundesrechnungshof jedenfalls eine Mitwirkung im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof zukommt. Auch insoweit sehen wir daher eine Mitzuständigkeit des Bundesrechnungshofs.

(3) Drittens weisen Sie darauf hin, dass die Direktzahlungen für Landwirte nach der GAP-Strategieplan-Verordnung weder an die Staatsangehörigkeit der Begünstigten noch an die Eigentümerstruktur juristischer Personen geknüpft seien.

Diese Feststellung beantwortet jedoch nicht die von uns aufgeworfene Frage, ob die Zahlung von Agrarsubventionen an erstens, außerlandwirtschaftliche und zweitens, an ausländische bzw. außereuropäische Finanzinvestoren dem Zweck der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe entspricht. Ihre Formulierung könnte daher – vermutlich unbeabsichtigt – den Eindruck erwecken, der Bundesrechnungshof halte die Weiterleitung von Agrarsubventionen, die der Förderung von Landwirtinnen und Landwirten in Europa dienen sollen, an australische Investmentfonds und vergleichbare Unternehmen für sachgerecht.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie zu berücksichtigen, dass die Rechtsgrundlage für die Direktzahlungen, die GAP-Strategieplan-Verordnung der Europäischen Union, nicht lediglich Vorgaben zur Staatsangehörigkeit der Begünstigten oder zu den Eigentümerverhältnissen juristischer Personen enthält. Vielmehr verfolgt die Verordnung ausdrücklich das Ziel, nicht-landwirtschaftliche Investoren vom Bezug von EU-Agrarsubventionen auszuschließen. Zu diesem Zweck definiert Art. 4 Abs. 5 der GAP-Strategieplan-Verordnung den Begriff des „aktiven Landwirts“. Demnach können die Mitgliedstaaten, objektive und nichtdiskriminierende Kriterien anwenden, um missbräuchliche Zahlungen an Nichtlandwirte auszuschließen. Hierzu sieht die Verordnung insbesondere vor, dass die Mitgliedstaaten die folgenden Kriterien anwenden können: Einkommensprüfungen, Arbeitskräfteeinsatz im landwirtschaftlichen Betrieb, Unternehmenszweck und Eintragung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten in nationalen oder regionalen Registern.

Diese Regelung bezieht sich ausdrücklich auf den „Unternehmenszweck“ und damit auch auf Konzernverbünde, Unternehmensgruppen und vergleichbare Unternehmensstrukturen. Sie ist bewusst nicht auf einzelne landwirtschaftliche Betriebe beschränkt, die als Tochtergesellschaften Teil eines Konzerns sind. Vor diesem Hintergrund bestehen erhebliche Zweifel, dass die zuständigen Behörden in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten diese Kriterien sachgerecht angewandt und überprüft haben. Andernfalls wäre zu erwarten gewesen, dass die EU-Direktzahlungen tatsächlich auf „aktive Landwirte“ beschränkt werden.

Hätten die zuständigen Behörden den Unternehmenszweck der betreffenden Unternehmen geprüft, hätten sie festgestellt, dass weder Igneo Infrastructure Partners noch dessen Eigentümer, First Sentier Investors, einen spezifisch landwirtschaftlichen Unternehmenszweck verfolgen. Ebenso dürften für Igneo Infrastructure Partners und First Sentier Investors keine Eintragungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten in nationalen oder regionalen Registern bestehen.

Im Übrigen weist die GAP-Strategieplan-Verordnung die Zuständigkeit für die Umsetzung dieser Regelung ausdrücklich den Mitgliedstaaten zu. Auch aus diesem Grund ist eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof (BRH) in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof (ERH) erforderlich.

(4) Basierend auf der GAP Strategieplan-Verordnung geht es einerseits darum, den Sachverhalt zu prüfen, dass nichtlandwirtschaftliche Unternehmensgruppen, deren Konzernspitzen keinen landwirtschaftlichen Unternehmenszweck verfolgen, Zugang zu den EU-Agrarzahlungen gewährt wird. In Deutschland stellt sich die Situation nach Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2024 so dar, dass 2.378 nichtlandwirtschaftliche Unternehmensgruppen, deren Konzernspitzen keinen landwirtschaftlichen Unternehmenszweck verfolgen, rund 1,03 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschafteten und hierfür im gleichen Jahr schätzungsweise 279 Mio. € an EU-Direktzahlungen erhielten. Bei einem erheblichen Teil dieser Unternehmen erscheint es ausgeschlossen, dass sie nach den in der GAP-Strategieplan-Verordnung vorgeschlagenen Kriterien die Eigenschaft als „aktiver Landwirt“ erfüllen.

Zu diesen Investoren zählen die niedersächsische Lindhorst-Gruppe (Kerngeschäft Immobilien und Seniorenheime) mit knapp 3,4 Millionen Euro sowie die Steinhoff Familienholding mit 2,9 Millionen Euro. Allerdings profitiert auch die Lürsen Group – ein Schiffsbau-Unternehmen für Luxusyachten von den EU-Agrarsubventionen im Jahr 2024 in Höhe von 1 Million Euro.

Weiter erhielt laut Bundesregierung (Drucksache 19/23172) die Lukas-Stiftung der Aldi-Nord-Erben (Familie Albrecht) über ihre sieben Agrarunternehmen im Jahr 2019 zusammen 3 Millionen Euro. Eines davon, die Tochtergesellschaft ALG Aschara Landwirtschaftsgesellschaft mbH, zählte laut Greenpeace-Studie 2024 zu den 30 größten Empfängern von Direktzahlungen in Deutschland.

Die Situation stellt sich in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union vergleichbar dar. Bereits 2015 hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seiner Stellungnahme „Jagd nach Agrarland – ein Alarmsignal für Europa und eine Bedrohung für bäuerliche Familienbetriebe“ auf diese Entwicklung hingewiesen. Die Europäische Kommission hat das Thema 2017 ebenfalls aufgegriffen. Seitdem hat sich der Umfang von Agrarflächen in der EU, die von außerlandwirtschaftlichen Investoren erworben und bewirtschaftet werden, erheblich erhöht.

Eine Analyse von Greenpeace und den Datenanalysten Kaas & Mulvad (Januar 2026) zu sechs EU-Mitgliedstaaten (Tschechien, Dänemark, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien) zeigt: Das oberste 1 % der GAP-Empfänger erhält im Durchschnitt 27 % aller Subventionen, die obersten 10 % durchschnittlich 63 %, die obersten 20 % rund 78 %. Das bedeutet: die unteren 80 % erhalten nur 22 %.

Der Finanzmarktforscher Damir Gojsic stellt nach seiner Analyse der Studie: „The Largest 50 Beneficiaries in each EU Member State of CAP and Cohesion Funds“ (in Auftrag geben: European Parliament's Committee on Budgetary Control) fest, dass in der Förderperiode 2018 bis 2021

insbesondere 17 Milliardäre – darunter der Britische Staubsauger Hersteller Dyson – von den Zahlungen profitierten.

(5) Zweitens geht es darum, den Sachverhalt zu prüfen, dass außerlandwirtschaftlichen, außereuropäischen Investmentfonds Zugang zu den EU-Agrarzahlungen gewährt wird. Dabei geht nicht lediglich um die geschätzten 5,4 Mio. € an EU-Direktzahlungen, die die australische Investmentfirma Igneo Infrastructure Partners über ihre Tochterfirma DAH im Jahr 2024 erhalten hat.

Die rumänische Agricost, mit 57.000 Hektar die größte Einzelfarm der EU, gehört zum Firmennetzwerk des Staatsfonds ADQ der Vereinigten Arabischen Emirate und erhielt allein 2024 rund 10,5 Millionen Euro an Direktzahlungen. Laut einer Recherche von Desmog flossen über Agrarbetriebe in Rumänien, Spanien und Italien zwischen 2019 und 2024 insgesamt mehr als 71 Millionen Euro an EU-Agrarförderung in das Firmennetzwerk der Familie des Präsidenten Muhammad bin Zayid bin Sultan Al Nahyan.

In Frankreich sind umfangreiche Investitionen chinesischer Unternehmen und Unternehmensnetzwerke in landwirtschaftliche Flächen dokumentiert. Insbesondere Hong Yang und Beijing Reward International Trade erwarben in den Jahren 2016 und 2017 mehrere landwirtschaftliche Betriebe in den Départements Indre und Allier, die zusammen eine Fläche von rund 2.600 Hektar umfassten.

Nach unserer Auffassung verstößt die EU-weite Zahlung von möglicherweise mehr als 1 Mrd. € an Agrarsubventionen an Nichtlandwirte und Investmentfonds gegen Artikel 39 AEUV, wonach der landwirtschaftlichen Bevölkerung insbesondere eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten ist. Darüber hinaus steht sie im Widerspruch zu den Vorgaben der GAP-Strategieplan-Verordnung, nach denen die Direktzahlungen auf „aktive Landwirte“ zu konzentrieren sind. Angesichts der begrenzten Haushaltsmittel der Europäischen Union sind unserer Auffassung nach derart zweck- und vertragswidrige Zahlungen nicht vertretbar.

Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie den geschilderten Sachverhalt gemeinsam mit dem Europäischen Rechnungshof prüfen würden. Sollte Ihre Prüfung die dargestellten Fehlentwicklungen bestätigen, halten wir es für geboten, zweckwidrig gewährte Zahlungen – soweit rechtlich möglich – für die Vergangenheit zurückzufordern und für die Zukunft durch geeignete Maßnahmen wirksam auszuschließen.

Dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes, Herrn Tony Murphy, haben wir ein gleichlautendes Schreiben mit der Bitte übermittelt, den Sachverhalt gemeinsam mit dem Bundesrechnungshof zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Reiko Wöllert

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL e.V.)

and

European Coordination Via Campesina (ECVC)

17 september 2026, Brussels

Mr. Tony Murphy

President of the European Court of Auditors (ECA)

Subject: Audit of the payment of EU agricultural subsidies (CAP) to non-agricultural financial investors and/or non-European investors

Dear Mr. Murphy,

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) and the European Coordination Via Campesina (ECVC) are writing to you in order to ask the European Court of Auditors (ECA) to carry out an audit of the allocation and use of payments under the European Union's Common Agricultural Policy (CAP) to agricultural enterprises being part of non-agricultural business groups and of business groups with owners outside the European Union (EU).

The question we raise is, whether the payment of agricultural subsidies to non-European and/or non-agricultural financial investors is consistent with the aim of supporting agricultural farms.

In this context, we would ask you to bear in mind that the legal basis for direct payments – the European Union's CAP Strategic Plan Regulation – expressly aims to support farmers and exclude non-agricultural investors from receiving EU agricultural subsidies. To this end, Article 4 (5) of the CAP Strategic Plan Regulation seeks to specify who receives subsidies and brings up the term 'active farmer' to prevent abusive payments to non-farmers. In order to determine who an active farmer is, the Member States shall apply objective and non-discriminatory criteria, such as income tests, labour inputs on the farm, company object or the registration of agricultural activities in national or regional registers.

This provision expressly refers to the 'company object' and thus also to corporate groups, groups of companies and comparable corporate structures. It is deliberately not limited to individual farms that form part of a corporate group as subsidiaries. Against this background, there are considerable doubts as to whether the competent authorities in the Member States have applied and verified these criteria

appropriately. Otherwise, it would have been expected that EU direct payments would in fact be restricted to ‘active farmers’.

(1) Based on the provisions of the CAP Strategic Plan Regulation, we ask you on the one hand, to examine the situation whereby non-agricultural corporate groups, that is farms whose parent companies do not pursue an agricultural company object, are granted access to EU agricultural payments.

In Germany, according to data from the Federal Statistical Office for the year 2024, the situation is such that 2,378 non-agricultural corporate groups, whose parent companies do not pursue an agricultural company object, managed around 1.03 million hectares of agricultural land and therefore received an estimated €279 million in EU direct payments in the same year. For a significant proportion of these enterprises, it seems impossible that they could meet the criteria for being classified as ‘active farmers’ as set out in the CAP Strategic Plan Regulation.

To give a clearer picture of the situation in Germany, here are a few figures: Non-agricultural investors receiving CAP subsidies include the Lindhorst Group (whose core business is property and care homes for the elderly), with just under 3.4 million euros, the Steinhoff Family Holding, with 2.9 million euros. Also the Lürsen Group – a shipbuilder specialising in luxury yachts – benefits from EU agricultural subsidies totalling 1 million euros in 2024.

Furthermore, according to the German Government (Parliamentary Paper 19/23172), the Lukas Foundation, owned by the heirs of Aldi Nord (a chain of supermarkets), received a total of 3 million euros in 2019 through its seven agricultural companies. One of these, the subsidiary ALG Aschara Landwirtschaftsgesellschaft mbH, was ranked among the 30 largest recipients of direct payments in Germany in 2024, according to a study by Greenpeace and the data analysts Kaas & Mulvad from January 2026.

The situation is similar in most Member States of the European Union. As early as 2015, the European Economic and Social Committee drew attention to this trend in its opinion entitled „Land grabbing — a warning for Europe and a threat to family farming“. The European Commission also addressed the issue in 2017. Since then, the amount of agricultural land in the EU acquired and farmed by non-agricultural investors has increased significantly.

The 2026 Greenpeace study covering six EU Member States (the Czech Republic, Denmark, Germany, Italy, the Netherlands and Spain) shows: The top 1 per cent of CAP recipients receive, on average, 27 per cent of all subsidies; the top 10 per cent receive an average of 63 per cent; and the top 20 per cent receive around 78 per cent. This means that the bottom 80 per cent receive only 22 per cent.

Financial market researcher Damir Gojsic conducted the study “The Largest 50 Beneficiaries in each EU Member State of CAP and Cohesion Funds”, commissioned by the European Parliament’s Committee on Budgetary Control. He states, that during the 2018–2021 funding period in particular 17 billionaires – among them the British vacuum cleaner manufacturer Dyson – benefited from the payments.

(2) Secondly, we ask you to examine the fact that non-agricultural, non-European investment funds are being granted access to EU agricultural payments.

One example of this situation is the case of Deutsche Agrarholding (DAH) in Germany. In 2023, an Australian-Japanese consortium took over this group of Companies. The DAH farms around 20,000 hectares in Germany. The previous owner of DAH was the ‘Zech Foundation’, based in Liechtenstein. The buyer, the Australian company Igneo Infrastructure Partners, is a subsidiary of the Australian firm ‘First Sentier Investors’, which in turn is owned by the ‘Mitsubishi UFJ Trust and Banking Corporation’ (MUFG) in Japan. MUFG is one of the largest companies in the world. In Brazil, MUFG acquired Agrex in 2013, a company that produces, stores and processes fertilisers, seeds, cereals and plant protection products. It is currently in negotiations regarding investments or the acquisition of shares in Raizen, another Brazilian company. According to its own figures, Raizen currently manages 1.3 million hectares of agricultural land. It is also known to have (indirect) interests in the agricultural sector in Gabon and Japan. It is estimated that in 2024, Igneo Infrastructure Partners received about €5.4 million in EU direct payments via its subsidiary DAH.

A further example is the Romanian company Agricost, which, at 57,000 hectares, is the largest single farm in the EU, is part of the corporate network of the United Arab Emirates’ sovereign wealth fund ADQ and received around 10.5 million euros in CAP direct payments in 2024 alone. According to research by DeSmog, between 2019 and 2024, a total of more than 71 million euros in EU agricultural subsidies flowed via agricultural enterprises in Romania, Spain and Italy into the corporate network of the family of President Muhammad bin Zayid bin Sultan Al Nahyan.

In France, there is documented evidence of extensive investments by Chinese companies and business networks in agricultural land, as well. In particular, Hong Yang and Beijing Reward International Trade acquired several farms in the Indre and Allier departments in 2016 and 2017, which together covered an area of approximately 2,600 hectares.

In our view, the EU-wide payment of potentially more than €1 billion in agricultural subsidies to non-farmers and non-European investment funds contravenes Article 39 TFEU, which stipulates that the agricultural population must, in particular, be guaranteed a fair standard of living. Furthermore, it contradicts the provisions of the CAP Strategic Plan Regulation, which stipulate that direct payments must be concentrated on ‘active farmers’. Given that the European Commission stated in the road to the next EU long-term budget that “The EU must maximise the impact of every euro it spends, focusing on EU priorities and objectives where EU action is most needed”, we believe that such payments, which are contrary to their intended purpose and to the Treaty, are unjustifiable.

We would therefore be grateful if you could examine the facts outlined above in conjunction with the Courts of Auditors of the respective Member States. Should your examination confirm the irregularities described, we consider it imperative to reclaim payments made inappropriately – insofar as this is legally possible – for the past and to effectively prevent such payments in future through appropriate measures.

We have sent a similar letter to the President of the German Federal Court of Auditors, Mr. Ansgar Heveling, requesting that he examine the matter in conjunction with the ECA.

Yours faithfully,

Claudia Gerster

Morgan Ody

Chair of Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL)

Coordinating committee of the European
Coordination Via Campesina (ECVC)